



Dresden, den 26.01.2016

Pressemitteilung

Bürgermeisterkonferenz am 22. Januar 2016

Die Bürgermeister der ErlebnisREGION DRESDEN haben sich auf ihrer Konferenz am 22. Januar 2016 unter anderem den Themen LKW-Verkehr, Regionaler Wohnungsmarkt und Flüchtlingsunterbringung gewidmet.

Als erstes stand jedoch die Wahl des Sprechers auf der Tagesordnung. Der Bürgermeister der Stadt Dohna, Herr Dr. Ralf Müller, wurde für weitere 2 Jahre einstimmig als Sprecher der ErlebnisREGION DRESDEN gewählt. Für die Funktion des Stellvertreters hat sich der neue Bürgermeister für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr der Stadt Dresden, Herr Raoul Schmidt-Lamontain, als Kandidat bereiterklärt. Er wurde ebenfalls einstimmig gewählt.

Frau Juliane Einert, Absolventin an der Technischen Universität Dresden, stellte die ermittelten Lkw-Vorrangrouten für die Gewerbe- und ausgewählte Einzelhandelsstandorte in der Region vor. Im Rahmen ihrer Diplomarbeit hatte sie eine geeignete Methodik zur Bewertung der Routen erarbeitet und diese im Dresdner Umland angewandt. Im nächsten Schritt soll nun eine Anpassung mit den Dresdner Lkw-Vorrangrouten aus 2008 sowie die Abstimmung mit den Kommunen und Straßenverkehrsbehörden erfolgen. Ziel ist, den Verkehr auf den dafür geeigneten Straßen zu bündeln und damit einerseits die Feinstaub- und Abgasbelastung zu reduzieren und andererseits unerwünschten Durchgangsverkehr zu vermeiden. Dafür sollen die Lkw-Vorrangrouten den Anbietern von Navigationssoftware, aber auch den Gewerbetreibenden übergeben werden.

Vor dem Hintergrund der dynamischen Entwicklung auf dem Dresdner Wohnungsmarkt, die auch ins Umland abstrahlt, hat die Erlebnisregion eine kontinuierliche Evaluierung ihres Wohnungsmarktes beschlossen. Damit soll eine transparente und vergleichbare Information ermöglicht werden, um ggf. auf erkennbare Veränderungen oder Probleme reagieren zu können. 2017 wird erstmals ein entsprechender Bericht vorliegen, zu dessen grundsätzlichen Inhalten sich die Bürgermeister verständigten. Neben der Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung, der

Bautätigkeit, dem Wohnungsleerstand und der Bautätigkeit sollen auch die Miet- und Kaufpreise, Pendlerbewegungen sowie die Wohnungsversorgung besonderer Personengruppen im Fokus stehen.

Abschließend haben sich die Bürgermeister zum Thema Flüchtlingsunterbringung verständigt. Die Bürgermeister haben noch einmal klargestellt, dass jede Kommune die ihr zugewiesenen Flüchtlinge in ihrem Stadt- oder Gemeindegebiet unterbringen muss. Die angestrebte dezentrale Unterbringung wird dabei einen erheblichen Einfluss auf den Wohnungsmarkt haben.